

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genosse

Abonnementspreise: Die neunmal gebaltene Monatszeitschrift oder deren Name...
Anzeigenpreise: Die neunmal gebaltene Monatszeitschrift oder deren Name...
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden...

5. Jahrgang Dresden, Freitag den 19. April 1929 Nummer 91

Die Dresdner Straßenbahn steht am 1. Mai!

Kampfmaj im Zeichen des Vormarsches der Kommunisten, Liste 5!

Der Betriebsrat beschließt einstimmig:

Belegschaftsforderung wird vertreten!

Dresden, 19. April.

Eine am Donnerstag dem 18. April stattgefundene Betriebsratsitzung des Betriebsrats der Städtischen Straßenbahn beschloß einstimmig, also mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Christen, in Verfolg der bereits auf den einzelnen Bahnhöfen durch die Belegschaften gefaßten Beschlüsse, am 1. Mai die vollständige Arbeitsruhe auf der Dresdner Straßenbahn zu vertreten.

Dieser Beschluß des Betriebsrates der Städtischen Straßenbahn Dresden ist von außerordentlich wichtiger politischer Bedeutung. Die Dresdner Straßenbahner zeigen damit, daß sie mit einer Einstellung, die der KPD in seinem Manifest zum Ausdruck bringt, nichts zu tun haben. Für sie bedeutet der 1. Mai nicht ein Tag, an dem man hinausgeht und ein gemütliches Familienfest abhält, oder sich abends in einem Lokal versammelt, um eine „schöne Rede“ anzuhören, sondern für sie ist der 1. Mai der Kampftag, an dem es gilt, für die Forderungen des Proletariats zu demonstrieren. Gerade in diesem Jahre versucht die Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialfaschisten den Aufmarsch der revolutionären Arbeiterpartei zu verhindern. In Berlin und in anderen Städten haben die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ein Verbot aller öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen angeordnet, und sie sind bereit, die sich gegen dieses Verbot wendende Arbeiterschaft blutig niederzuschlagen.

Die Dresdner Arbeiterschaft wird am 1. Mai unter den Fahnen der kommunistischen Partei, der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf die Straße ziehen und demonstrieren.

gegen den imperialistischen Krieg! Für die revolutionäre Verteidigung des Vaterlandes aller Arbeiter, der Sowjetunion! Für die einheitliche proletarische Kampffront gegen Bourgeoisie und Reformismus, für den Achtstundentag, für die 45-Stunden-Woche, den Siebenstundentag in den Gewerben, den Sechsstundentag der Jugendlichen, für den Kampf um höhere Löhne, für Brot und Arbeit den Emmerlosen, gegen die reformistischen Streikbrecher und Gewerkschaftspolizei!

für die Verteidigung und Stärkung der kommunistischen Partei und des roten Frontkämpferbundes gegen die angedrohten Verbote der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie!

gegen die sozialfaschistische Koalitionspolitik, gegen die Diktaturpläne der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Handlanger!

für die Diktatur des Proletariats und der Sozialismus!
für Sowjetrußland!
für die proletarische Weltrevolution!

Diese Klassenlosungen sind zugleich Kampflosungen der revolutionären Arbeiterpartei im Landtagswahlkampf. Deshalb ist dieser Wahlkampf 1929, an dem das erste Mal wieder nach Jahren in Dresden die Straßenbahn als Zeichen des Kampfwillens der Belegschaft stehen wird, gleichzeitig ein

Auftakt für den Sieg der Liste 5, der kommunistischen Partei!

Die Sammelplätze für die am 1. Mai stattfindende Demonstration der revolutionären Arbeiterschaft sind:

14 Uhr, Stellplatz sämtlicher Stadtreisende:
Wilhelmsplatz, Dresden-Neustadt

von dort aus marschieren der Gesamtzug nach der Jagdkampfbahn, wo die Spitzenkandidaten der revolutionären Arbeiterliste, der Liste 5, im Rahmen einer mächtigen proletarischen Kampfundgebung sprechen werden.

Offener Zusammenbruch der Pariser Reparationskonferenz

Zerfallene Illusionen über Unterstützung Amerikas

Berlin, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Unterausschuß der Reparationskonferenz, dem das deutsche Memorandum zur Prüfung überwiesen wurde, hielt gestern vormittag unter dem Vorsitz Owen Youngs eine zweite Sitzung ab, in der aber nur über die Höhe der ersten Jahresrate diskutiert wurde, für die die Gläubigermächte 1,8 Milliarden forderten, während die deutsche Delegation 1,65 Milliarden beantragte. Dr. Schacht wurde aufgefordert, diese Reduzierung zu rechtfertigen. Nachmittags fand eine neue Sitzung statt, über die die französische Agentur Havas berichtet, daß sich die deutsche Delegation gemeldet habe, den von ihr gemachten Vorschlag, während 37 Jahren 1650 Millionen zu zahlen, zu revidieren. Infolgedessen würden die Gläubigermächte auf der neuen Forderung bestehen, daß es ihnen unmöglich gewesen sei, mit den deutschen Delegierten eine Lösung des Reparationsproblems zu finden.

Dagegenüber berichtet Wolffs Telegraphenbureau, daß die deutschen Delegierten nur erklärt hätten, daß sie nicht in der Lage seien, eine höhere Jahreszahlung von sich aus zu bewilligen. Es sei dann die Anregung gegeben worden, eine Erhöhung der deutschen Leistungen und Zahlungsfähigkeit herbeizuführen. Der Unterausschuß hat schweigend, daß er nicht zu einer Übereinstimmung gelangt sei. An einer neuen Volltagung würden die deutschen Delegierten teilnehmen.

Die gesamte bürgerliche Presse sucht die wirkliche Schuld am Scheitern der Konferenz den Gläubigermächten in die Schuhe zu schieben. Nunmehr tritt der Damesplan wieder in Aktion. Deutschland müsse auf die Zukunft vertrauen. Die Zeit sei für die Lösung des Reparationsproblems noch nicht reif.

Im übrigen weist die bürgerliche Presse auf die Möglichkeit eines Kompromisses in der Form hin, daß über das von der amerikanischen Delegation in Vorschlag gebrachte

Proporzium weiter diskutiert werde und daß zunächst eine Lösung für die nächsten 15 Jahre getroffen werde.

Das Zentralorgan der KPD, Die Rote Fahne, betont, daß der Zusammenbruch der Pariser „Sachverständigen“-Konferenz keineswegs überraschend kommt. Dieser Ausgang der schwierigen Verhandlungen bestätigt, daß die Reparationsfrage mehr ist als eine finanztechnische oder rein wirtschaftliche Frage, daß sie vielmehr

alle entscheidenden Gegenstände der Weltpolitik, alle Widersprüche der Periode der wachsenden Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung

aufrollt und daß ihre „Lösung“ eine politische Frage ist, die unmittelbar an die Frage des Krieges anknüpft.

Das Pariser Fiasko ist ein klassischer Ausdruck der im Rahmen des kapitalistischen Systems unüberwindlichen politischen und ökonomischen Widersprüche, des Zerfalls der „Stabilisierung“ des Kapitalismus.

Zwei Tatsachen haben die Pariser Verhandlungen unbequem ihres negativen Ergebnisses mit alarmierender Klarheit bewiesen:

Die deutsche Bourgeoisie hat offen erklärt, daß sie entschlossen ist, den Weg des Anschlusses an den englisch-französischen Block gegen die Sowjetunion weiterzugehen und daß für sie die Reparationsfrage nichts anderes ist als die Frage des Preises für die Teilnahme an dem Interventionskrieg gegen den russischen Arbeiterstaat. Ferner hat die Pariser Konferenz gezeigt, daß unter den Bedingungen der verschärften imperialistischen Gegensätze insbesondere des englisch-amerikanischen Gegenjages der Druck auf die deutsche Bourgeoisie nicht abnimmt, sondern wächst.

Die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung hat alle Illusionen über eine mögliche Unterstützung des deutschen Imperialismus durch Amerika gegen die Entente endgültig zu nichte gemacht. Dem deutschen Imperialismus bleibt für die Durchführung seiner imperialistischen Ziele nur ein

Das Geheimnis des Mordes an Karl und Rosa

„Linke“ Sozialdemokraten versuchen Ehrenrettung für Moskafaschisten!

Berlin, 19. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Mittwoch begann vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin Mitte der Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift Das Tagebuch, Josef Bornstein. Letzterer soll in einem Artikel dem jetzigen Reichsanwalt Jorns und früheren Kriegsgerichtsrat der berüchtigten Gardefanarierschützenkompanie, von dem das „Verfahren“ gegen die Mörder an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durchgeführt wurde, Beileidigt haben. Der Artikel beschäftigt sich mit der skandalösen Untersuchung und Prozeßführung gegen die Mörder. Bekanntlich sind dieselben mit nur ganz geringen Strafen belegt worden. Einigen Angeklagten wurde die Möglichkeit einer Flucht durch die monarchistischen Offiziere verschafft. Der Kriegsgerichtsrat Jorns selbst soll u. a. dem Mörder, Hilar Kunge, der nur das blinde Werkzeug der Offiziere gewesen ist, wiederholt gesagt haben:

„Nehmen Sie nur alles auf sich. 4 Monate werden es nur und Sie können sich dann immer wieder an uns wenden, wenn Sie in Not sind.“

Der Oberleutnant Bogel, einer der Mörder, wurde mit Hilfe eines Ausweises, der die Unterschrift des damaligen Kriegesgerichtsrates Jorns trug, befreit. Der Angeklagte, Josef Bornstein, hat sich erboten, für die inkriminierten Stellen des Artikels den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Aus diesem Grunde hat er die Ladung einer ganzen Anzahl der mit diesem Prozeß in Zusammenhang stehenden Personen verlangt. Schon der erste Verhandlungstag zeigte, daß tatsächlich der Kriegsgerichtsrat Jorns der Angeklagte ist. Durch die Aussage verschiedener Zeugen wurde festgestellt, daß Jorns wichtige Tatsachen damals dem der Untersuchung beigegebenen drei Mitgliedern des Berliner Arbeiterrates verschwiegen hat. So wurde ihnen zum Beispiel alles Material, was sich gegen Hauptmann Papst wendete, vorenthalten. Die drei Mitglieder sind dann auch zurückgetreten. Bezeichnend ist auch, daß, obwohl Hauptmann Papst an dem Mord beteiligt war, er sich nicht nur auf freiem Fuß befand, sondern darüber hinaus sogar die militärische Abperrung anlässlich der Beerdigung Karl Liebknechts leitete konnte! Ein weiterer Mithelfer an dem Mord, Hauptmann Weller, hat ganz offensichtlich bei der Vernehmung durch Jorns gelogen, wie alle andern am Mord beteiligten, trotzdem hat Jorns ihn auf freiem Fuß gelassen und damit den Mördern alle Möglichkeit einer Verkleinerung und Verhinderung der Mörder geboten. Diese wenigen Ergebnisse des ersten Prozeßtages bereits beweisen mit aller Klarheit, daß der Prozeß gegen die Mörder so geführt hat, daß der Prozeß selbst zu einem skandalösen Verhüllungsmanöver wurde. Dabei muß aber mit aller Klarheit festgestellt werden, daß die intellektuellen Urheber des Mordes die sozialdemokratischen Führer sind, und daß auch sie absolut kein Interesse an einer Klarstellung der Vorgänge durch den Prozeß haben konnten.

Wir wollen noch kurz einige Tatsachen über die Prozeßführung registrieren: Wochen- und monatelang wurden die Mörder auf freiem Fuß gelassen. Andere Beteiligten wurden zwar vernommen, aber dieselben nicht verurteilt. Der dem Kriegsgerichtsrat beigegebene Berliner Kriminalkommissar erhielt von Jorns keinerlei Aufträge. Jorns selbst wohnte im Mörder-Eben-Hotel! Diesen Beispielen können noch Dutzende angeführt werden. Wir wollen das heute unterlassen. Eins aber kann jetzt schon gesagt werden: Der Prozeß, ganz gleich, wie er ausfällt, kann im nächsten Fall nur die von der Roten Fahne bereits wenige Tage nach dem Mord bekanntgegebenen Einzelheiten feststellen. Ob dies geschehen wird, ist mehr als zweifelhaft.

Nach einmal werden alle jene furchtbaren Einzelheiten über den mit Vorbedacht ausgeführten bestialischen Mord an Karl

weg, der Weg des Anschlusses an die Entente um jeden Preis.

Diesen Weg hat die deutsche Bourgeoisie längst gewählt und sie ist entschlossen, ihn zu Ende zu gehen.

Ob sie dies kann, ob ihr das ermöglicht wird, hängt entscheidend von der Entwicklung des Einflusses der revolutionären oder der reformistischen Partei auf die Arbeiterklasse ab. Gelingt es dem Reformismus, mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates seine Vorherrschaft zu behaupten, dann wird auf den Knochen und im Blute der Arbeiter der Weg beendet, der der Bourgeoisie weitere Existenzmöglichkeiten geben kann. Siegt der revolutionäre Einfluß, und die Betriebsräte wachen und bedeutungsvolle Zeichen, dann wird dieser Weg der deutschen Bourgeoisie verneigt durch Barrikaden des Massenkampfes, und der Versuch der Beseitigung wird mit dem Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft in Deutschland und mit der Einreichung Deutschlands in den Bund der Sowjetunion enden. Die deutschen Arbeiter haben ihr Schicksal in der Hand. Von der Arbeit der kommunistischen Partei wird es abhängen, ob sie dieses „Schicksal“ zu gestalten versteht.